

NEWSLETTER JANUAR 2010

Inhalt

1. Entwicklungen im Inland
2. Entwicklungen im Ausland
3. Einiges zur Statistik

1. Entwicklungen im Inland

29.12. Und noch etwas Nettes vom CSU Generalsekretär gegen den Vorwurf der FDP, eine Finanztransaktionssteuer würde die kleinen Sparer belasten: "Lehman Brothers und Konsorten haben mit dem kleinen Sparer so viel zu tun wie die bemannte Raumfahrt mit dem Tourismus." Und mit dieser Aussicht wünsche ich allen ein gutes neues Jahr 2010!

26./27./28.12. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer lässt von seinen Beamten die Finanztransaktionssteuer als Möglichkeit prüfen, die Verursacher der Bankenkrise an den Folgekosten zu beteiligen. Seine Ausführungen werden zwei Tage später von CSU Ge-

neralsekretär Alexander Dobrindt aufgegriffen und vertieft. Die Finanztransaktionssteuer sei ein sinnvolles Instrument zur Dämpfung überbordender Spekulation, so als nächster Peter Altmaier, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-Fraktion im Bundestag. Dagegen argumentiert FDP Generalsekretär Lindner nicht inhaltlich, sondern lediglich formal: Dies sei mit der FDP nicht zu machen weil Steuererhöhungen im Koalitionsvertrag nicht vereinbart seien.

25.12. Die Mitzeichnungsfrist zur Petition unserer Kampagne endet. Online unterzeichneten 40 037 Personen. Wie viele Personen per Brief und Fax unterzeichnet haben, werden wir Anfang des neuen Jahres wissen. Sobald wir etwas herausfinden, werden wir es auf der Website mitteilen. Vorerst herzlichen Dank allen, die sich daran beteiligt haben!

17.12. Der politische Konflikt in Berlin um die Finanztransaktionssteuer ist voll entbrannt: FDP Generalsekretär Lindner kritisiert die Kanzlerin heftig: "Schade, dass sich eine kluge und umsichtige Frau wie die Kanzlerin an der Exhumierung dieser überkommenen Theorie beteiligt." In der Aussprache zum Klimagipfel bekräftigt die Kanzlerin hingegen ihre Offenheit zur Einführung dieser Steuer im Rahmen einer Einigung innerhalb der G20. Auf Antrag der SPD ist die Finanztransaktionssteuer Thema während der Aktuellen Stunde im Bundestag – alle Oppositionsparteien erhöhen den Druck auf die Bundesregierung.

15.12. Mit Bündnis 90/Die Grünen unterzeichnet die erste deutsche Partei den Offenen Brief an die Bundesregierung.

11.12. Bundesfinanzminister Schäuble hält die Einführung einer Finanztransaktionssteuer für eine "denkbare Möglichkeit."

11.12. Anlässlich der Besteuerung von Banker-Boni durch die britische Regierung meint Bundeskanzlerin Merkel, sie bevorzuge den Weg über eine internationale "Finanzmarkt-Transaktionssteuer".

9.12. CDU/CSU: Der haushaltspolitische Sprecher, Norbert Barthle, MdB, lehnt in einer Pressemitteilung eine Verwendung der Erlöse einer Finanztransaktionssteuer für Entwicklungsaufgaben ab, sondern möchte stattdessen den Haushalt konsolidieren. Implizit könnte das bedeuten, dass man auch unionsintern schon über diese Steuer konkreter nachdenkt als bisher angenommen.

8.12. SPD: Die AG Finanzen begrüßt in einer Pressemitteilung den Erfolg der Online-Petition zur Finanztransaktionssteuer, am 9.12. folgt eine Pressemitteilung der AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

7.12. Bündnis 90/Grüne: Gerhard Schick, MdB, finanzpolitischer Sprecher, begrüßt den Erfolg der Online-Petition.

7.12. Die Online-Petition wird innerhalb von drei Wochen von mehr als 50 000 Bürgerinnen und Bürgern mitunterzeichnet, womit das erforderliche Quorum erreicht wird, um eine öffentliche Anhörung des Anliegens durch den Petitionsausschuss zu erreichen. Am selben Tag widerspricht Bundeskanzlerin Merkel Minister Niebel wegen seiner Ablehnung der Transaktionssteuer. 'Es sei derzeit noch "zu früh, zu definitiven Festlegungen zu kommen", ließ Merkel ihren Sprecher Ulrich Wilhelm klarstellen. Es ergebe keinen Sinn, bereits jetzt "über künftige Ereignisse eine streitige Diskussion zu führen'. (Frankfurter Rundschau, "Rüffel für Niebel")

5.12. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, FDP, spricht sich gegen eine Finanztransaktionssteuer aus und folgt in dieser Angelegenheit nicht dem Rat seiner eigenen Beamten.

2. Entwicklungen im Ausland

17.12. Gegenwind aus der Schweiz: Die Schweiz will ihren Finanzplatz attraktiver machen, u.a. durch den Abbau von Transaktionssteuern / Stempelsteuern.

15.12. Der französische Präsident Sarkozy und der äthiopische Präsident Zenawi fordern in einer gemeinsamen Erklärung auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im Namen Afrikas die Finanztransaktionssteuer zur Deckung von Kosten im Kontext des Klimawandels.

11.12. Die Regierungen der EU/Europäische Rat sprechen sich für die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer aus, um die Geldbranchen an der Last der Folgenbewältigung der Weltwirtschafts- und Finanzkrise zu beteiligen. Dabei wird auch an die Finanzierung der Kosten des Klimawandels gedacht.

10.12. Publikation des britischen Schatzamts zur Reform des Finanzsektors und der Finanztransaktionssteuer.

8.12. Der französische Außenminister Kouchner bekräftigt eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Klimazielen und Armutsbekämpfung.

9.11. Der britische Premier Gordon Brown will die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer wie folgt verwenden: 50% für den nationalen Haushalt und 50% für Entwicklungsaufgaben sowie für Ausgaben, die armen Ländern durch den Klimawandel entstehen.

Detailliertere Infos und Links zu den vorstehenden Darlegungen auf der Kampagnenwebsite!

3. Einiges zur Statistik

Unterschriften Petition: Online 40 037, Zahl der Unterschriften per Brief und Fax noch nicht bekannt

Mitmach-Mail-Aktion auf der Website: 6248 Mails wurden seit Onlinestellung verschickt (Anfang November 908)

Facebook-Gruppe: 2167 Mitglieder (Anfang November 451)

Newsletter-Abonnenten: 348 (Anfang November 157)

Unterzeichnerstand des Offenen Briefs: 51 Organisationen, 25 Personen (Anfang November 36 Organisationen und 12 Personen)